

Pressemitteilung vom 01.12.2009

Freie Wähler: Änderung des Gewerbesteuergesetzes soll Anreize für mehr regenerative Energien in den Kommunen schaffen

Florian Streibl setzt auf Photovoltaik im Oberland

München (mh). Die Landtagsfraktion der Freien Wähler möchte den Ausbau der Photovoltaik in Bayern noch stärker vorantreiben. Im Oberland könnten weitaus mehr solcher Anlagen errichtet werden als es Bauanfragen gebe. Florian Streibl, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Bayerischen Landtag, kennt die Hintergründe: „Weil die Kommunen bei Großprojekten wie Photovoltaikanlagen keinen Anteil aus der Gewerbesteuer erhalten, reagieren sie in Teilen bisher skeptisch auf neue Bauvorhaben. Die vielversprechenden Initiativen in der Region zur Stärkung der regenerativen Energiequellen - genannt sei hier stellvertretend für etliche andere nur die Energiewende Oberland – könnten durch einen geänderten gesetzlichen Rahmen weitere Impulse auf kommunaler Ebene erhalten. Deswegen fordern die Freien Wähler die Staatsregierung mit einem Antrag im Landtag dazu auf, sich für eine Änderung des Gewerbesteuergesetzes stark zu machen.“

Es könne nicht sein, dass einerseits ganze Landstriche mit Photovoltaikanlagen zugepflastert würden und andererseits Gemeinden, die Standorte für diese Anlagen zur Verfügung stellten, steuerlich leer ausgingen. Kommunen, in denen die Betreiber von Photovoltaikanlagen ihren Firmensitz hätten, erhielten dagegen bisher 100 Prozent der Gewerbesteuereinnahmen und profitierten auf diese Weise vom Aufschwung der Grünen Technologien in Bayern. Streibl „Das möchten wir zugunsten eines ‚70-zu-30-Prinzips‘ analog der Windräder ändern: Die Gemeinden, die Standorte für Photovoltaikanlagen schaffen, sollen dafür künftig mit einem Gewerbesteueranteil von 70 Prozent belohnt werden. Schließlich bedeuten die auf ihrem Gebiet vorgesehenen Bauplanungen oft Eingriffe in die Landschaft und verursachen hohe infrastrukturelle Kosten.“

Immerhin blieben den Kommunen, bei denen sich die Betreiberfirmen regenerativer Energieträger angesiedelt hätten, noch 30 Prozent des Gewerbesteueraufkommens. Florian Streibl erhofft sich durch die geforderte Änderung des Gewerbesteuergesetzes eine positivere Einstellung zur dezentralen Ansiedlung solcher Anlagen auch hier im Oberland. „Wer es ernst meint mit mehr Klimaschutz und zunehmender Unabhängigkeit von Öl und Gas, sollte ein Zeichen und konsequente Anreize setzen. Genau das werden wir Freie Wähler der Staatsregierung jetzt vorschlagen.“

Der Pressesprecher der FW-Fraktion im Bayerischen Landtag
Dirk Oberjasper - Maximilianeum - 81627 München
Email: dirk.oberjasper@fw-landtag.de
Telefon: 089 / 4126 – 2941; Fax: 089 / 4126 - 1941
www.fw-landtag.de